

Grundfinanzierung statt Projektwettbewerb

Thesen für ein lernendes Manifest

Forschung und Lehre sind in Deutschland überwiegend öffentlich finanziert. In den letzten Jahrzehnten wurde die laufende Finanzierung oder Grundfinanzierung der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF) jedoch zunehmend ausgehöhlt und durch Projektförderung ersetzt, die vorwiegend ebenfalls aus der öffentlichen Hand stammt. Nach einer Berechnung des Wissenschaftsrats speisen sich die Forschungsbudgets der Hochschulen inzwischen zu fast 46 Prozent aus „Drittmitteln“, bei den AUF erfolgt etwa 15 Prozent der öffentlichen Finanzierung in Form von Projektmitteln.

Projektförderung kann Freiräume schaffen und in anwendungsorientierten Fächern die Kooperation mit der wirtschaftlichen und politischen Praxis erleichtern. Ihre massive Ausweitung in der letzten Zeit schafft jedoch Probleme für Beschäftigungsverhältnisse und für das Verhältnis von Forschung und Lehre, aber auch für wissenschaftliche Freiheit, Neugierde, Risikobereitschaft und Gewissenhaftigkeit. Diese Probleme werden inzwischen häufig bemerkt. Überzeugende Lösungsansätze sind jedoch selten. Wir wollen die wichtigsten Kritikpunkte und Lösungsansätze thesenhaft zur Diskussion stellen, um den Boden für dringend nötige Reformen zu bereiten:

A. Problembestimmungen

- 1. Der Primat der Projektfinanzierung schafft Fehlanreize und bevorzugt Beteiligte, die sich auf die strategische Verfolgung formaler Ziele spezialisieren** (gaming the system). Wenn die Einwerbung von Projektmitteln zu einem zentralen Erfolgskriterium für Einzelne und Einrichtungen wird, werden auch „Beutegemeinschaften“, Pseudo-Kooperationen und im Extremfall das bloße Vortäuschen von Forschung gefördert. Die Einwerbung von Forschungsmitteln wird oft mit Forschungserfolg verwechselt. Bei Akteuren, die dies strategisch ausnutzen, wird das Mittel zum Zweck.
- 2. Projektfinanzierung im aktuellen Ausmaß lenkt die wissenschaftlichen Energien vom Forschen selbst und von seinen Resultaten auf die Akquirierung von Forschungsmitteln um.** Ein Kernaspekt dieses Problems ist die Arbeitszeit, die in die bloße Erstellung und Begutachtung von Anträgen sowie in die Verwaltung bewilligter Projekte fließt. Da die Bewilligungsquoten niedrig sind – bei der Deutschen

Forschungsgemeinschaft (DFG) aktuell unter 30 Prozent, beim European Research Council (ERC) unter 15 Prozent –, landet Antragsarbeit oft einfach im Papierkorb.

3. **Die aktuellen Regelungen der Projektfinanzierung schaffen und rechtfertigen massenhaft befristete Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft.** Die fehlende Planungssicherheit beschädigt oder zerstört die Lebensläufe vieler Beteiligter und schränkt ihre wissenschaftlichen Freiräume und Zeithorizonte empfindlich ein. Ähnlich wie befristet angestellte Beschäftigte, die aus dem Haushalt finanziert werden, bleiben die Projektbeschäftigten dabei abhängig von ihren (meist professoralen) Vorgesetzten. Zudem legt sie die Projektform auf bestimmte Inhalte fest.
4. **Die Vorbereitung von Projektanträgen und die Durchführung bewilligter Projekte sorgen für Engpässe beim wissenschaftsunterstützenden Personal an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen.** Die Verwaltungsaufgaben (wie z.B. Personalmaßnahmen, Finanzplanung, Controlling) haben durch die Zunahme von Projektmitteln und steigende Ansprüche der Mittelgeber erheblich zugenommen. Angesichts fehlender Grundfinanzierung kann dies nicht durch mehr Personal aufgefangen werden oder führt dazu, dass andernorts gespart wird. Überlastungen und Verzögerungen, etwa bei Einstellungsprozessen, sind die Folge.
5. **Die Instabilität der Projektfinanzierung bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der Hochschulen bedroht auch die Gewährleistung materieller Infrastrukturen.** Ein wichtiges Beispiel sind verfallende Hochschulgebäude; der Wissenschaftsrat beziffert den gegenwärtigen Sanierungsstau allein für den Hochschulbereich (ohne AUF) auf 60 Milliarden Euro, die Vereinigung der Universitätskanzlerinnen und -kanzler kommt sogar auf 74 Milliarden. Ein weiteres Problem besteht darin, dass für den Betrieb vorhandener Anlagen dauerhaft beschäftigtes und qualifiziertes Personal fehlt. Zugleich werden für befristete Projekte Geräte und Infrastrukturen beschafft und aufgebaut, die nach Projektabschluss auf dem Materialfriedhof landen und nicht an andere Hochschulen oder AUFs weitergegeben werden dürfen.
6. **Der hohe Stellenwert der Projektfinanzierung legt Einzelnen und Einrichtungen nahe, Forschung bzw. das Einwerben von Forschungsmitteln systematisch gegenüber der Lehre zu bevorzugen.** Während Bund und Länder vorsichtig gegenzusteuern versuchen, indem sie auch Abschlusszahlen u.ä. in Zielvereinbarungen mit Hochschulen aufnehmen, sehen sich letztere nach wie vor häufig existenziell auf große Verbundforschungen angewiesen, um wachsende Kosten zu stemmen und nicht in die zweite Reihe zurückzufallen. Auch in Berufungsverfahren zählen die „eingeworbenen“ Drittmittel in der Regel viel mehr als etwa Nachweise hoher Lehrqualität. Der Schaden für nachkommende Generationen von Wissenschaftler:innen und Akademiker:innen ist noch kaum abzuschätzen.

7. **Die Projektform und die wenig differenzierten Modalitäten der Projektbeantragung machen bestimmte Fächerkulturen und Forschungsstile tendenziell zum Standard für alle.** Dass etwa die Rolle großer empirischer Untersuchungen, von Verbundforschungen oder zeitlich begrenztem Mittelbedarf in den verschiedenen Wissenschaften sehr unterschiedlich ist, wird in Formaten wie Sonderforschungsbereichen und Exzellenzclustern wenig berücksichtigt. Umgekehrt haben Formate wie langfristige empirische Einzelstudien oder der Aufbau von Experimentallaboren keinen Platz im System. Dies führt bei anhaltender Dominanz von Projektmitteln zu wissenschaftlichen Monokulturen und befördert ggf. sachfremde Arbeitsweisen und Kooperationsformen; mit der Zeit drohen auch fächerintern die wissenschaftlichen Schulen dominant zu werden, deren Arbeitsweise am besten zum Förderbetrieb passt.
8. **Der Projektbetrieb in Deutschland verdankt sich einem problematischen Verhältnis von Bund und Ländern in der Hochschulfinanzierung.** Der Bund setzt seine großen finanziellen Ressourcen bevorzugt in Form von Projektförderung ein; erst seit einiger Zeit finanziert er auch langfristig angelegte Sonderprogramme wie den 2019 beschlossenen „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“. Beim 2023 erneuerten „Pakt für Forschung und Innovation“ fällt die Bilanz gemischt aus, da die von ihm garantierten jährlichen Aufwüchse einerseits reguläre Beschäftigungsverhältnisse an den AUF möglich machen, andererseits jedoch auch dem Projektgeschäft der DFG zufließen. Die für die Grundfinanzierung der Hochschulen vorrangig zuständigen Länder sind in ihren finanziellen Möglichkeiten begrenzt. Sie haben daher eine bequeme Entschuldigung, wenn sie an elementaren Gewährleistungsaufgaben scheitern. Die Komplexität der Förderstruktur erschwert zudem Korrekturen.

B. Lösungsansätze

9. **Das Muster von Projekten und Befristungen muss durch den Grundsatz dauerhafter Beschäftigung und freier wissenschaftlicher Kooperation ersetzt werden.** „Projekte“ (mitsamt ggf. vereinbarter Anweisungs- und Verantwortungsrollen) bilden dann nicht mehr Kontexte für befristete Beschäftigungsverhältnisse, sondern lassen sich als zeitlich und sachlich begrenzte Kooperationen wissenschaftlich Beschäftigter zu gemeinsamen Forschungszwecken definieren. Wichtig wäre bei einer solchen Reorganisation, dass wissenschaftlich Beschäftigte bereits nach der Promotion und nicht erst mit der Professur Forschungsmittel erhalten, damit nicht alte Machthierarchien zementiert und reproduziert werden. Eine offene, transparente und faire Vergabe von Forschungsmitteln für alle in der Forschung Arbeitenden ist notwendig.
10. **Die Mittel, die große Förderinstitutionen wie die DFG erhalten bzw. Bund und Länder für Forschung und Lehre projektförmig ausschreiben, müssen großenteils in die Grundfinanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen zurückgelenkt**

werden. Ein Teil dieser Rückführung kann auch darin bestehen, dass die Institutionen ihren Charakter ändern und etwa dauerhafte Forschungsstellen und -kontexte finanzieren. Auch bei den AUF ist kritisch zu prüfen, ob der hohe Anteil öffentlicher Projektförderung sachgerecht ist.

11. **Als Kernaufgabe zentraler Förderinstitutionen verbleibt, besonders finanzintensive Forschungen temporär zu unterstützen.** Infrage kämen alle Vorhaben, deren Finanzbedarf (für Geräte, Erhebungen, Datenverarbeitung u. ä.) über die kooperativ nutzbaren Grundmittel hinausgeht; für die Beantragung und Begutachtung können weiterhin die gut entwickelten Infrastrukturen der DFG und anderer Förderinstitutionen genutzt werden.
12. **Hoher temporärer Personalbedarf darf nur unter bestimmten Bedingungen weiter in Projektform abgewickelt werden.** Das fragliche Personal sollte entweder schon dauerhaft beschäftigt sein (und die Möglichkeit erhalten, sich in Projekte „abordnen“ zu lassen) oder Promotionsstellen einnehmen, die hinreichend Zeit zum Promovieren lassen. In auftragsstarken Fächern und Forschungsbereichen sind schließlich auch Poollösungen denkbar, bei denen immer wieder neu angeworbene Projektmitarbeiter Dauerstellen finanzieren. In beiden Fällen hätten öffentliche, private und zivilgesellschaftliche Organisationen weiterhin hinreichend Möglichkeiten, gezielt Forschung in wichtigen Feldern (wie Klimawandel, Impfstoffentwicklung oder Rassismusbekämpfung) zu fördern.
13. **Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern in der Hochschulfinanzierung, die mit dem „Zukunftsvertrag für Studium und Lehre stärken“ bereits deutlich verschoben wurde, muss auch im Bereich Forschung neu definiert werden:** Der Bund muss für die dauerhafte und nicht bloß für die befristete Finanzierung der Forschung an Hochschulen mit zuständig sein.

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Deutsche Gesellschaft Juniorprofessur (DGJ)
freier Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs)
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss)
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)